Statement der LKRP und LakoF

LANDESKONFERENZ **FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTE** DER BERLINER HOCHSCHULEN

Berlin, 05.11.2026

Berliner Hochschulen stehen zusammen gegen Queerfeindlichkeit und rechtsextreme Angriffe

Gemeinsames Statement der Landeskonferenz der Rektor*innen und Präsidentinnen (LKRP) und der Landeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Berliner Hochschulen (LakoF)

In den vergangenen Wochen kam es an Berliner Hochschulen im Rahmen der Orientierungswochen für neue Studierende zu Beschädigungen von Prideflaggen und zu rechtsextremen Schmierereien. Wir verurteilen diese Angriffe aufs Schärfste und die Polizei ermittelt bereits zu den Angriffen.

Die Prideflagge steht als Symbol für queeres Leben, das ein bereichernder Teil unserer Hochschulen ist. Nach dem Anschlag auf die diesjährige Berliner Pride-Parade, bei der eine Frau ermordet und 31 Personen verletzt wurden, erschüttern uns queerfeindliche Angriffe besonders schwer. Rechtsextreme Parolen an Hochschulen dulden wir nicht; sie werden strafrechtlich verfolgt. Wir verstehen diese Angriffe als Ausdruck eines gesellschaftlichen Klimas, in dem Hass, Ausgrenzung und Gewaltbereitschaft zunehmen. Die Verunsicherung unserer Hochschulangehörigen nehmen wir daher sehr ernst.

Als Bildungsinstitutionen tragen wir besondere Verantwortung für den Schutz unserer Demokratie gegen autoritäre, extremistische und wissenschaftsfeindliche Positionen. Vielfalt, kritisches Denken und offener Austausch sind grundlegend für unser Selbstverständnis. Diese Werte sind unvereinbar mit extremistischen und gewaltvollen Positionen. Wir werden uns daher auch in Zukunft dafür einsetzen, dass an den Berliner Hochschulen ein diskriminierungsfreies Lernen, Lehren, Forschen und Arbeiten möglich ist. Allen Studierenden, die wir zum Wintersemester neu begrüßen dürfen, sowie allen, die schon länger Teil unserer Hochschulen sind, versichern wir, dass wir Orte der Vielfalt, des gegenseitigen Respekts und der Freiheit bleiben werden. Wir stehen zusammen gegen Queerfeindlichkeit und extremistische Angriffe.

Betroffene von queerfeindlicher Diskriminierung können sich an die für Antidiskriminierung und Diversität zuständigen Stellen sowie die → Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten unserer Hochschulen wenden. Letztere beraten vertraulich und auf Wunsch anonym zu sexualisierter Diskriminierung und Gewalt. Beratung und Unterstützung bieten auch die Allgemeinen Studierendenausschüsse und die psychologischen Beratungsstellen der Hochschulen.